

# Laibacher Zeitung.



Mr. 287.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 13. December

Inserionsgebühr für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insetionsstempel 1/2 ccm. 30 fr.

1867.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. November d. J. die Systemisirung einer zweiten Schulrathsstelle für Dalmatien allergnädigst zu genehmigen und für diesen Posten den provisorischen Schulrath, Weltpriester Stephan Zarit allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. December.

Unter den Rednern der Minorität des Ausgleichsausschusses nimmt Herr Skene eine hervorragende Stelle ein. Ihm war der Löwenantheil der Discussion zugefallen, er durfte alle Schleißen centralistischer Verwirrung gegen eine längst von allen anderen Parteien anerkannte Thatsache öffnen. Er hat es gethan, aber in einer Weise, welche ihm kaum den Dank seiner Parteigenossen verdienen dürfte. Sehr richtig meint die „Presse“, dass der Abg. Skene habe mit seinen Ausfällen weit mehr das Abgeordnetenhaus beleidigt, als die Wiener Journalistik. Wenn durch Annahme des Majoritätsvotums eine Art Landesverrath begangen wird, dann freilich ist der Reichsrath der Hauptschuldige und die Wiener Journalistik, indem sie sich gegen die schmählichen Angriffe Herrn Skene's vertheidigt, vertheidigt zugleich die Reichsvertretung. In dieser letzteren Beziehung sagt übrigens die vor allen angegriffene „Presse“:

„Was jenen Theil der Anklage betrifft, welcher die Wiener Journalistik insgesamt der Corruption beschuldigt und sie als ein Werkzeug in den Händen Deust's darstellt, so nöthigt er uns bloß ein Lächeln ab. Wir sind außer Stande, uns zu erheben und zu zürnen, selbst nachdem wir hörten, daß die „Presse“ angeklagt wurde, an die Regierung verkauft zu sein. Die „Presse“ ist so gut unabhängig und Privateigenthum, als die stilistischen Fehler, von denen der Minoritätsbericht wimmelt, das Geistes-eigenthum des Abgeordneten Skene immerdar bleiben werden. Es ist einfach eine Unwahrheit, daß die Actien auf denen die „Presse“ fundirt ist, sich auch nur zu einem Theile in den Händen des Gouvernements befinden. Uebrigens ist Herr Skene vielleicht ein guter Rechenmeister; ist dem so, dann würde er des Beistandes des Mathematikers Spiger nicht bedürfen, um zu ermitteln, daß der Dispositionsfond wahrlich ein schlechtes Geschäft nicht gemacht hätte, wenn ihm eingefallen wäre, die „Presse“ käuflich zu erwerben. Er hat aber diesen Einfall nie gehabt und wir befinden uns folglich durchaus nicht in der Pöge, irgend etwas zur Erleichterung des Staatsbudgets beizutragen, es sei denn durch pünktliche Entrichtung der Stempel- und Inseraten-Gebühr.“

Die „Presse“ zeigt sodann, wie wenig realen Werth der Antrag der Minorität hat. Er lautet wörtlich:

„Es sei von den im Reichsrathe vertretenen Ländern jener Betrag als Antheil der Zinsenlast der österreichischen Staatsschuld zu übernehmen, welcher der com-missionell festzustellenden, bisherigen factischen Leistung dieser Länder mit Ausschluß der Credit-Operationen entspricht, und die Regierung aufzufordern, hinsichtlich des ungedeckten Betrages ungefüllt Vorlagen zu machen.“

Die „Presse“ fragt: Ist das wirklich Alles? Alles. Und was ist das? Weniger als nichts. Nach diesem Bortum wäre ein aliquoter Theil der Staatsschuld simplificirter an die Luft zu setzen. Was damit für den Staatscredit und die Staatsgläubiger gewonnen wäre, gehört zu den Unbegreiflichkeiten des Herrn Abgeordneten Skene. Dieses vorläufige Hinausschamotiren eines Theiles der Schuld würde keine andere Wirkung haben, als alle festen Hände, in denen sich unsere Staatsschuld befindet, wirblich zu machen. Bevor die Commission die Arbeit dieser Ausscheidung vollendet hätte, würde der correspondirende Theil der Schuld bereits auf den Markt geworfen sein. Wer den Staatsbankrott nicht will, darf keinen Rath geben, der nothwendig zur Entwerthung des Schulcapitals führen müßte, wenn Regierung und Reichsrath verblendet genug wären, ihn zu befolgen. Auf diesem Wege kann einer finanziellen Katastrophe nicht vorgebeugt, ja sie könnte nur beschleunigt werden, wenn man ihn beträte. Es ist allerdings von Vorlagen die Rede, welche die Regierung zu machen hätte. Aber dieselbe muß doch den Ausgleich mit Ungarn

fertig bringen, bevor sie daran denken kann, irgend einen Plan vorzulegen, zu dessen Durchführung Ungarn wird herangezogen werden müssen. Zwangsweise würde dieses Heranziehen nicht gelingen, das wird selbst Herr Skene nicht in Abrede stellen mögen. Man wird folglich mit Ungarn, auf die Solidarität der höchsten Reichs-Interessen gestützt, pactiren müssen. Wir glauben, daß diesfalls die Delegationen unentbehrlich sein werden, wenn auch die beiderseitigen Parlamente nach dem betreffenden Paragraphen des Elaborats zu einer eventuellen, wahrhaft heilkräftigen Credit-Operation ihre „vorläufige“ Zustimmung zu ertheilen haben. Aus alledem folgt unwiderprechlich, daß der neue Verfassungsbau sobald als möglich vollendet werden muß, damit die „Vorlage“ in etwas Besserem bestche, als in dem Hinhalten eines Bündels unbedeckter, von keiner Reichshälfte garantirter Staatspapiere. Die Ehre Oesterreichs wäre geschändet für alle Zeiten, wenn unsere Volksvertretung sich hin-reißen ließe, eine so trostlose, wahrhaft unwürdige Atti-tude der Welt gegenüber einzunehmen. Das hieße so recht eigentlich das Odium des Staatsbankrotts auf die eiseithanischen Länder wälzen; denn der Bankrott beginnt im selben Augenblicke, als man trocken erklärt, daß man seinen Verpflichtungen nicht in vollem Umfange nachzukommen vermag. Wir empfehlen den Majoritäts-Antrag, weil er wenigstens den Pfad der Rettung nicht versperrt.

Ueber den neuesten Stand der Concordatsfrage erhält die „N. N. Z.“ aus Wien 7. d. eine Mittheilung, welche wir ihres Interesses wegen hier vollinhaltlich reproduciren.

Die Mission welche Graf Crivelli, unser neuer Botschafter in Rom, in Betreff des Concordates aus-zuführen haben wird, hat eine Reihe von Conjecturen hervorgerufen, die wohl nur in einem Punkte, freilich in dem wesentlichsten, meist das richtige treffen. Die dem neuen Vertreter Oesterreichs gestellte Aufgabe, wird nemlich dahin gerichtet sein müssen, daß das Concordat, wie es vorliegt und in Westösterreich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat geregelt hat, mit dem gegen-wärtigen Staats- und Verfassungsrecht Oesterreichs, sowie mit der von den constitutionellen Factoren gewollten Gesetzgebung in Betreff der Schule und der Ehe unvertäglich ist. Was aber des weiteren die Blätter über die Vorschläge zu melden wissen, welche das öster-reichische Cabinet in Betreff einer Revision des Concor-dats nach Rom gelangen läßt, wird kaum zutreffend sein, schon aus dem Grunde nicht, weil es gar nicht möglich erscheint, den Vertrag von 1853 hinsichtlich der-jenigen Bestimmungen, die ihm seinen Charakter und sein Gepräge gegeben haben, mit der dualistischen Staats-einrichtung, mit den constitutionellen Befugnissen des Reichsraths, mit den Grundgesetzen und der Verfassung, endlich mit den gegenwärtig dem Herrenhause vorliegen-den Gesetzentwürfen in Betreff der Ehe und der Schule in Einklang zu setzen. Der Gegensatz ist so groß und so einschneidend, daß sich vielleicht kaum ein anderer Aus-weg darbieten dürfte als derjenige: auf Grundlage die-ser neuen Gesetzgebung Oesterreichs, die ohnehin von ihren Urhebern als ein zusammenhängendes Ganzes, als ein abgeschlossenes Codificationswerk gedacht wird, einen neuen Vertragsentwurf, welcher übrigens ganz wohl als eine Fortsetzung des bestehenden Vertrages gedacht werden kann, dem Paciscenten vorzuschlagen. Hierbei wäre aller-dings vorausgesetzt, daß jene Codification vollendet ist. — Solches ist nun bekanntlich noch nicht der Fall, und da, wie ich vernehme, die Instruktionen für den Botschafter noch gar nicht endgiltig festgesetzt sind, so mag vielleicht hieraus zu schließen sein, daß die Vollendung jener Ge-setzgebung nicht auf den Erfolg der Mission des Grafen Crivelli, sondern umgekehrt, diese Mission auf jene Voll-endung zu warten hat. Ob diese Vermuthung oder Schlussfolgerung der wirklichen Sachlage entspricht, das wird sich bald herausstellen müssen. Vorläufig liegt übrigens Graf Crivelli krank darnieder, und seine Ab-reise erleidet schon hierdurch einen Aufschub.

## 60. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 10. December.

(Schluß.)

Abg. Winterstein (für) erläutert den schwierigen Standpunkt der Deputation gegenüber dem ungarischen Reichstage. Die Verhandlungen mußten auf einem ge-gebenen Terrain geführt werden. Da Ungarn gesetzlich nicht verpflichtet ist, zur Staatsschuld beizutragen, so

konnte kein anderer Weg als der des Uebereinkommens vom Billigkeitsstandpunkte gewählt werden.

Redner polemisiert gegen den Minoritätsbericht und fährt dann fort: Die Sache steht einfach alternativ so: faßt man die der Deputation gestellte Aufgabe in voller Klarheit so auf, wie sie aufgefaßt werden muß, glaubt das Haus sich heute in der Situation, ob es dies mit Ungarn getroffene Uebereinkommen mit Hinblick auf die Folgen desselben annehmen könne oder nicht?

Wer aber auch noch neben dieser an sich schon riesi-gen Aufgabe gleichzeitig eine zweite lösen will, wer, ohne daß man es ziffermäßig zusammengestellt hat, wie auf Grund der neuen Zweitheilung die Bedürfnisse des Reiches sich herausstellen und ihre Bedeckung finden werden, diesen Theil der Finanzfrage erledigen will, unternimmt etwas, was in diesem Augenblicke nicht zweckmäßig gelöst werden kann und wofür man jetzt nur jene Lösung finden kann, welche die Minorität in ihrer Resolution andeutet, welche eben gar nichts ande-res enthält, als auszusprechen, daß für die Zinsen der Staatsschuld nichts übrig bleibt, daß also von ihnen nichts gezahlt wird.

Was aber die nach dem Majoritätsantrage an den Finanzminister zu stellende Aufforderung betrifft, so bald als möglich mit Vorschlägen zur Ordnung des Staats-haushaltes hervorzutreten, so hält Herr Winterstein die-selbe für überflüssig.

Sache der Regierung ist es, die Vorschläge zu machen, Sache der Vertretung ist es, sie zu prüfen, und Sache des Ministers ist es, wenn diese Vorschläge nicht acceptirt werden, daß er sein Bündel schnüre und von der Ministerbank sich entferne. (Beifall links.) Ich will mich nicht auf ein anderes Gebiet begeben und nicht die nachtheiligen Folgen schildern, welche der Staats-bankerott für alle Classen der Bevölkerung, für die De-positengelder u. f. w. mit sich führen könnte. Das Eine will ich betonen, daß ein Schrei des Entsetzens durch die Monarchie gehen würde, wenn die Volksvertretung in dem Momente, den sie als den geeigneten betrachtet, an die Finanzfrage heranzutreten, zu dem einfachen Mittel einer Zinsenreduction schritte und alle anderen Angelegenheiten, über die sich der Vorredner so höhnisch ausgesprochen, fallen ließe. Es ist nicht richtig behaupten zu wollen, daß die Welt auf den Eintritt der Krisis gefaßt und vorbereitet ist und daß dieses Vorbereitetsein der Volksvertretung ein Recht geben könnte, aus ihrer Initiative eine so schwachvolle Maßregel zu treffen. Wenn von uns ist es nicht ohnedies bekannt, daß wir für Beseiti-gung des Deficits schon seit Jahren kämpfen? Die ge-schäftliche Stellung, welche ich einnehme, das Geschäft, das ich betreibe, und eine Jahre lange Uebung der Con-trole der Staatsschuld hat mir gewiß ein richtiges Bild über den trostlosen Stand der Finanzfrage gegeben, und nichtsdestoweniger werde ich in einem solchen Momente nicht sagen, man solle einen solchen Schritt unternehmen weil ich bei dieser Alternative dieses unglückliche Eine noch immer besser finde, als das weit unglücklichere Andere.

Wenn man angesichts der gegenwärtigen Verhält-nisse nicht von dem Irrthume ausgeht, die Ungarn hätten durch diese Abmachungen den Kopf aus den Schlin-gen der Staatsschuld gezogen, weil sie glaubten, den Kopf gar nicht in der Schlinge gehabt zu haben, so stehe die Frage nur so, ob durch ein längeres Zuar-ten das Chaos nicht größer wird; ob die Interessen der Staatsgläubiger hiedurch besser gewahrt werden, ob in Bezug auf die Beitragsleistung ein Mehreres zu erwarten sei. Wer große politische Pläne in sich trägt, wer der Meinung ist, es sei zweckmäßiger, die Monar-chie nicht zu consolidiren, sondern ein Chaos eintreten zu lassen, um auf dessen Trümmer etwas besseres bauen zu können, wer sich diese Kraft zutraut, wird dem Aus-gleich nicht zustimmen; wer aber der Meinung ist, daß es vor allem zweckmäßig wäre, eine Ordnung aller die-ser Verhältnisse herbeizuführen, der wird für den An-trag der Deputation und jenen der Majorität des Aus-schusses eintreten. (Beifall.) Zum Schluß erlauben Sie mir noch die offene Erklärung, daß es mir nach den Ansichten, die ich in Bezug auf den Dualismus und auf diese Abmachungen habe, ja mit Hinblick auf den von mir während der Deputationsverhandlungen ein-genommenen Standpunkt gerade als eine Ironie er-scheint, daß ich zufällig der erste Redner im Hause sein soll, der zu Gunsten des Ausschusses spricht.

Abg. Freiherr v. Korb-Weidenheim (gegen) findet es denn doch nicht ganz so selbstverständlich, daß die westliche Reichshälfte alles jenes zu übernehmen ver-

pflichtet ist, was Ungarn ihr übrig läßt. So wie es keinen Staat geben kann, in dem den einzelnen Theilen desselben die Rechte, aber auch die Verpflichtungen der Gesamtheit zugesprochen werden können, eben so wenig kann rechtlich behauptet werden, daß die westliche Hälfte verpflichtet sei, jene Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen, die unter dem Titel „Staatsschuld“ contrahirt wurden.

Ich könnte mir gut vorstellen, daß unsere Vertretung gerade so wie die ungarische vorgegangen wäre. Sie hätte sagen sollen, welchen Antheil die westliche Reichshälfte zu tragen wünscht und tragen kann, ohne Rücksicht darauf, ob irgend ein Theil des Erfordernisses bedeckt oder unbedeckt dadurch geblieben wäre. Beide Vertretungen hätten die Wahl gehabt, sich in das unbedeckte Deficit zu theilen oder, wenn sie dies nicht konnten oder wollten, vom Reichsbudget so viel abzustrichen, als das Deficit betrage.

Hätte sich auf diese Weise die Nothwendigkeit einer Finanzoperation ergeben, so hätte diese eben mit Ungarn erfolgen müssen, statt daß uns jetzt die Verantwortung, ja diese Schmach allein zugemuthet wird. (Rufe im Centrum: Sehr richtig!)

Das vorliegende Gesetz muthet uns eine große Mehrbelastung zu. Wozu? Nicht etwa, um dadurch unsere zerrütteten Finanzen zu ordnen, nicht um die Baluta herzustellen, nicht um jene Parität mit Ungarn zu erkaufen, die unserer allgemeinen Leistung entspricht, nein, sondern um die ungarische Verfassung im Sinne jener Vereinbarung möglich zu machen, die ohne unser Dazuthun, ohne uns zu fragen, zu Stande kam. Jene vorgebrachten Schlagworte, wie tiefgehende Finanzpläne, Armeereduction, genügen uns nicht; nichts ist begründet als die Forderung, daß das Ministerium jene Mittel angebe, die geeignet sind, jene Mehrbelastung uns ertragen zu lassen.

Zu dieser Forderung glaube ich berechtigt zu sein, berechtigt einem Ministerium gegenüber, das Sr. Majestät rieth, die ungarische Verfassung in ihrer vollen Tragweite wieder herzustellen, ohne dabei auf die Bedürfnisse der Westhälfte Rücksicht zu nehmen, einem Ministerium, das Sr. Majestät rieth, sich zum König von Ungarn krönen zu lassen, bevor ein alle Theile befriedigender Ausgleich zu Stande gebracht war. Sollte die Regierung nicht im Stande sein, befriedigende Aufklärungen in dieser Beziehung zu geben, dann ist mein Bedenken noch größer, weil ich annehmen muß, daß eine Politik getrieben wird ohne Plan, welche die heiligsten Interessen der Westhälfte preisgibt, daß eine Politik getrieben wird von Tag zu Tag, von Hand zu Mund.

Ich mache kein Hehl daraus. Ich werde nie und nimmer einem Ausgleich meine Zustimmung geben, der auf der materiellen und finanziellen Schädigung der Westhälfte beruht und welcher zum Ruin derselben führen muß. Ich finde, daß jene, welche für das Minoritätsvotum eintreten, offen, ehrlich und loyal handeln; offen und ehrlich gegenüber dem Volke, indem Sie ihm sagen, was es leisten kann und leisten muß; loyal gegenüber den Staatsgläubigern, denen man sagt, was sie bekommen können; loyal auch gegenüber dem Throne, weil unsere Abstimmung im Einklange steht mit der Allerhöchsten Thronrede, die da, indem sie vom finanziellen Ausgleich spricht, besagt: „dabei wird es die Hauptaufgabe sein, dafür zu sorgen, daß kein Theil über eine unverhältnismäßige Belastung zu klagen hat.“ (Bravo! Bravo! im Centrum.)

Abg. Edler v. Plener (für) bespricht zuerst jenen Theil des finanziellen Ausgleiches, welcher die gemeinsamen Angelegenheiten betrifft, erklärt, daß das angestellte Verhältniß 30 : 70 vollkommen der früheren Steuerleistung der beiden Reichshälften entspreche und daß er es daher nicht wagen würde, gegen eine Genehmigung dieses Ansatzes sich zu erklären. Redner fährt sodann fort:

Ich gehe nun über auf das Verhältniß der Staatsschuld. Hier wäre es allerdings erwünscht gewesen, auf dieselbe das erwähnte Verhältniß unverfälscht übertragen zu können. Dieser Theil des Ausgleiches ist allerdings der schwächste; allein hier war die Lage der Deputation eine ungünstigere.

Ungarn hatte in seinem sanctionirten 12. Gesetzesartikel die rechtliche Nichtverpflichtung zur Beitragsleistung zur Staatsschuld verbrieft und garantirt erhalten. Alles, wozu sich Ungarn herbeiließ, galt als Act einer billigen Rücksichtnahme für uns, und nach formellem Rechte war es leider in der That nicht anders. Was wäre also die Folge gewesen, wenn wir das Angebot zurückgewiesen hätten? Nur die Nothwendigkeit neuer Verhandlungen. Doch der Erfolg wäre ausgeblieben, da Ungarn in seiner gesicherten Stellung gar kein Interesse hatte, weitere Concessionen zu machen, und ruhig zusehen konnte, wie sich die Dinge in unserer Reichshälfte entwickeln werden. Deshalb war es klüger, das Gebotene anzunehmen.

Die besorgte Ueberwälzung des ganzen Restes der Staatsschuld auf die diesseitigen Länder besprechend, erklärt Redner, er könne diese Besorgniß nicht theilen, da der Wortlaut des Gesetzes dieselbe nicht rechtfertige. Was aber den Antrag anbelangt, daß in den Ausgleichsvertrag Zusicherungen über die Behandlung der Administration der Staatsschuld nicht in bindender Weise aufgenommen werden sollen, so habe diese Anschauung der

Minorität allerdings eine Berechtigung für sich, und er behalte sich vor, in der Specialdebatte einen dahinzielenden Antrag zu stellen.

Redner bespricht hierauf die Unification der Staatsschuld. Dieselbe sei gewissermaßen im Gefühle, daß etwas geschehen müsse, von der Regierung in das Ueberkommen hineingetragen worden, um die durch das ungünstige Resultat des ungarischen Ausgleichs noch mehr niedergedrückte Aussicht auf Bedeckung der Staatsausgaben etwas zu beleben. So lange man aber diese Unification nicht genau kenne, sei das Wort Kaiser Josephs richtig, welcher sagte: „In Beziehung auf finanzielle Angelegenheiten bin ich Atheist.“ Durch die Unification allein, ohne Verbindung mit anderen Maßregeln werde man unmöglich eine besonders rettende That schaffen.

Deshalb werde ich, erklärt Redner, bei Art. 2 wozumöglich die Hinweglassung einer solchen obligatorischen Verbindung beantragen.

Es liegt uns also jetzt der Ausgleich vor, mit Gebrechen behaftet und Besorgnisse erregend. Man fragt sich nun, wie so es kommt, daß wir dem Ausgleiche dennoch unsere Zustimmung geben, und man sagt: „Wäre man früher an die Arbeit gegangen, so hätte man günstigere Resultate erzielt.“ Man hat insbesondere das im Jahre 1865 abgetretene Ministerium deshalb angeklagt, aber hier muß ich der Wahrheit gemäß constatiren, daß schon im Jahre 1865 der Beschluß für die Einberufung des ungarischen Landtages gefaßt war, daß alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, daß aber die Ausführung durch ungarischen Einfluß verzögert wurde. (Bewegung. Hört! Hört!) Das nachgefolgte Ministerium also, das die ungarische Frage in die Hand nahm, hat die größten Fehler begangen, die größte Schuld auf sich geladen, die unglücklichste Politik ergriffen (Bravo! links), indem es in die Verhandlung mit Ungarn eintrat, aber gleichzeitig durch die Unterdrückung des Verfassungslebens hier wehr- und waffenlos sich in die Verhandlung begab (allgemeine Zustimmung), indem es sich gerade der besten, weil der ebenbürtigsten Waffe, der gleichberechtigten Stimme der legalen Vertretung dieser Reichshälfte, begeben hat. (Lebhafte Beifall.) Aus diesem Vorgange erwuchsen die ungarischen Präntionen, daraus datirten die Concessionen der früheren Regierung, die Ungarn gemacht werden mußten und die uns als vollbrachte Thatsachen nun gegenüberstehen, und dies ist auch der Grund, weshalb ich nicht die gegenwärtige Regierung für das ungünstige Resultat des Ausgleiches verantwortlich mache.

Wenn ich nun die ernste Frage an mich stelle, ob ich die Folgen der Ablehnung des ungarischen Ausgleiches mit meinem Gewissen als Abgeordneter vertreten könnte, so muß ich diese Frage entschieden verneinen (Sehr gut! links); die Gefahr, welche eintreten würde, wenn das Ausgleichswerk jetzt scheitern würde, halte ich bei weitem größer (Zustimmung), einschneidender und verderblicher, als die Folgen der von uns genau erkannten und vielfach besprochenen einzelnen nachtheiligen Bestimmungen des Ausgleiches. In dieser Ansicht befinde ich mich im Einklange mit meinen Wählern, im Einklange mit der bei weitem größten Mehrzahl der Bewohner des Kronlandes Böhmen. Die Bevölkerung erkennt ganz wohl die großen Opfer, die mit dem Ausgleich verbunden sind, aber sie will endlich aus diesem Irrsal herauskommen, und selbst in Beziehung auf das materielle Interesse glaubt sie, daß das Zustandekommen des Ausgleiches einen besseren Zustand herbeiführen werde, als wenn man den Ausgleich stets als offene Frage behandelt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Hierbei muß ich mich noch dagegen verwahren, als ob ich dem Ausgleich nur deshalb beistimme, um durch den Frieden mit Ungarn überhaupt ein Verfassungsleben diesseits der Leitha gesichert zu haben, gleichsam als ob wir zu schwach wären, um uns das Verfassungsleben selbst zu erhalten. Diese Anschauung ist eine Beleidigung unseres Selbstgefühls, ich vindicire sämmtlichen Ländern diesseits der Leitha dasselbe richtige Verstandniß und Gefühl zur Aufrechterhaltung ihres Verfassungsrechtes, wie es so oft den Ungarn als eine große staatsmännische Tugend angerühmt wurde. (Lebhafte Beifall links.)

Die Bevölkerung diesseits der Leitha hat auch diesfalls ein Beispiel gegeben, und ich erinnere nur an ihr Auftreten, als man uns die rechtsverlegende Idee eines außerordentlichen Reichsrathes aufdringen wollte. (Bravo! Bravo!)

Die Weisheit unseres Monarchen und unsere Verfassungstreue, nicht aber fremde Hilfe ist unsere beste Garantie für unsere Verfassung. (Anhaltender Beifall.)

Selbst die Gegner des vorliegenden Ausgleichswerkes hätten nicht den Muth, einen Antrag auf Ablehnung desselben zu stellen, und deshalb, erklärt Redner, werde er seiner Ueberzeugung treu, wenn auch nicht freudigen Muthes, aber in kalter, besonnener Erwägung der vorliegenden Lage für den Ausgleich stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Ryger (gegen) erhebt formelle Bedenken gegen den Ausgleich. Auf den Inhalt des Gesetzes selbst übergehend, glaubt Redner, das Erforderniß unserer Rentenausgabe werde sich durch einige nicht aufgenommenen Schuldtitel auf Hunderte von Millionen ausdehnen. Das sei der Weg zum Bankerott.

Man fragt: Ist denn der Bankerott das letzte

Mittel? Als ich vor vier Jahren den Antrag stellte, eine Operc. Besteuerung von der von mir sogenannten „faulen Rente“ einzuführen, wurde ich für einen Barbaren erklärt. Im Verlaufe der Zeit hat sich das Publicum mit dieser Idee sehr vertraut gemacht und ich finde eine solche Steuer ganz gerecht. Der Bauer zahlt heutzutage beispielsweise 35 Percent Steuer, warum soll der, der seine sichere Rente bezieht, nicht auch eine Schutzsteuer dafür zahlen? Meiner Ansicht nach könnte die Staatsrevenue jährlich um nahezu 60 bis 70 Millionen gesteigert werden.

Schließlich stellt Dr. Ryger den Antrag:

„Das h. Haus wolle beschließen:

Der über die Regierungsvorlage in Betreff der allgemeinen Staatsschuld eingebrachte Majoritäts- und Minoritätsantrag sei an den Ausschuß zur neuerlichen Berathung und Beschlußfassung hinsichtlich der Trennung der Uebernahme der Staatsschuld, zur Quotenleistung hiezu, dann hinsichtlich der künftigen Unification der bisherigen Reichsschuld zurückzuweisen.

(Der Antrag ist nicht hinreichend unterstützt.)

Abg. Freiherr von Eichhoff (gegen), stimmt der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten und zu der Staatsschuld bei, verwahrt sich aber dagegen, daß die diesseitige Reichshälfte den ganzen übrigen Zinsenrest für die Staatsschuld übernehme. Ich werde in meinem Leben nie etwas versprechen, wovon ich schon im Augenblicke, als ich es verspreche, überzeugt bin, daß ich es nicht werden halten können. (Zustimmung im Centrum.)

Wenn das, was die Ungarn auf die Staatsschuld zahlen wollen, und das, was wir für denselben Zweck zahlen können, nicht genügt, um allen Verpflichtungen der Gesamtheit nachzukommen, so ist es Pflicht des Hauses, zu verlangen, daß der Finanzminister nicht erst im Mai 1868, sondern sogleich alle Daten und alle seine darauf gestützten Pläne dem Hause vorlege, wie er sich diese Aufgabe möglich denkt, ohne neue Steuern, ohne neue Creditoperationen. Ich werde deshalb für den Minoritätsantrag, und im Falle dieser nicht angenommen würde, gegen den Antrag betreffend die Staatsschuld stimmen.

Se. Excellenz Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr von Beust: Ich bitte das hohe Haus angelegentlich um Entschuldigung, wenn ich bei so vorgerückter Zeit seine Geduld noch in Anspruch nehme, ich füge aber zu seiner Beruhigung hinzu, daß dies nur für wenige Augenblicke der Fall sein soll.

Die Generaldebatte ist noch nicht zu ihrem Abschlusse gediehen, und wenn erst dieser Zeitpunkt gekommen ist, dürfte ich Gelegenheit haben, auf den eigentlichen Gegenstand von meiner Seite zurückzukommen.

Wenn ich mir heute noch das Wort erbeten habe, so geschieht es deshalb, weil gleich zu Anfang der Sitzung von einem geehrten Mitgliede gegen das Ministerium — und um es bei rechtem Namen zu nennen — gegen mich insbesondere, Angriffe gerichtet wurden, die ich, glaube ich, gut thue sofort zu beantworten, damit man nicht glaube, daß ich eines vierundzwanzigstündigen Nachdenkens dazu bedarf, um diese Antwort zu ertheilen (Bravo!), und weil ich glaube, daß diese Rechtfertigung sich besser ausnimmt, wenn sie sofort geschieht.

Es hat dieser geehrte Abgeordnete die schon bei früheren Anlässen erhobene Anklage über den ungarischen Ausgleich und die Betheiligung, die mir speciell dabei zukommt, wiederholt.

Ich habe schon früher über diesen Gegenstand mich ausführlich verbreitet, vielleicht werde ich es morgen nochmals thun müssen, diesmal aber hat der geehrte Abgeordnete allerdings diese seine Vorwürfe in einer etwas scharfen Ausprägung zu erkennen gegeben, indem er sagte, daß ein Staatsmann, der dem Könige von Ungarn rathen konnte, die Staatsschuld nicht anzuerkennen, die der Kaiser von Oesterreich contrahirt hat, — so habe ich wenigstens verstanden — nicht verdiene, auf der Ministerbank zu sitzen, sondern auf einer anderen Bank.

Nun, meine Herren, wir haben ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz; dieses Ministerverantwortlichkeitsgesetz hat die Regierung, wie ich beiläufig erwähne, sofort zur Sanctionirung vorgelegt, ohne es mit anderen Gesekentwürfen und namentlich nicht mit demjenigen in Verbindung zu bringen, der heute berathen wird. Das Datum dieses Ministerverantwortlichkeitsgesetzes fällt später als die Handlungen, wovon der geehrte Herr Abgeordnete gesprochen hat. Nichtsdestoweniger bin ich jederzeit bereit, auch diese Handlungen dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu unterwerfen — allein darum möchte ich doch bitten, daß, wenn man sich nicht in der Lage glaubt, wenn man die Sache nicht dazu angethan glaubt, den Antrag auf Anklage eines Ministers zu stellen, — und ich glaube, der geehrte Abgeordnete ist davon nicht bloß durch die Betrachtung zurückgehalten, daß man noch in absolutistischen Gewohnheiten befangen sei, ich meine und darf bitten, daß man dann doch lieber nicht von einer Anklage spricht und nicht gelegentlich einem Minister ein bißchen Anklage zwischen die Füße wirft.

Der geehrte Abgeordnete hat aber noch andere Gegenstände damit in Verbindung gebracht.

Ueber den Inhalt der eben von mir wiederholten Bemerkung, darüber werde ich morgen Gelegenheit haben, mich ausführlicher zu verbreiten, und gerade der Standpunkt, den er dabei vorangestellt hat, ist ein solcher, der mir, glaube ich, die Aufgabe eher erleichtert als erschwert.

Aber was die anderen Gegenstände betrifft, so handelt es sich zunächst um gewisse Bedingungen, die ich einer Fraktion des h. Hauses zugestanden haben soll. Ich würde, glaube ich, wohl nachweisen können, daß diese Bezeichnung nicht die ganz zutreffende ist, glaube aber überhaupt darauf nicht zurückkommen zu sollen, nachdem die Stellung, welche das h. Haus und insbesondere auch der Verfassungsausschuß dieses h. Hauses zu der hier berührten Frage unlängst genommen hat, mich der Mühe überhebt, in diesen Gegenstand nochmals einzugehen.

Anders ist es mit denjenigen Betrachtungen, welche der geehrte Redner über einen anderen Gegenstand anstellte, der, wie mir scheint, doch mit dem vorliegenden nicht zusammenhängt, nämlich über die Presse, über den Einfluß der Regierung auf die Presse, über die Mittel, deren die Regierung sich bedient, um auf die Presse einen Einfluß zu gewinnen.

M. H. Aufrichtig gesprochen, es will mir nicht recht generös erscheinen — den recht zutreffenden deutschen Ausdruck kann ich noch nicht finden — wenn ein Minister, der wenigstens redlich bemüht gewesen ist, dazu beizutragen, die Zustände, die er vorfand, und die eben darin bestanden, daß die Freiheit der Regierung eine unbeschränkte war, in solche umzuwandeln, wo die Freiheit der Regierung beschränkt und verfassungsmäßig geregelt wird, noch besonders auf dem Wege verfolgt wird, den er unter den eben gegebenen Verhältnissen nicht notwendig beschreiten mußte, wenn man ihn noch verantwortlich macht für Zustände, die er vorgefunden hat und deren Abänderung er selbst anstrebt. Ich kann im Allgemeinen über diesen Gegenstand, der vielleicht bei einer anderen Gelegenheit näher zu erörtern sein wird, nur noch erwähnen, daß ich bestimmte zugewiesene Fonds vorgefunden habe und damit häuslicherisch und nicht verschwenderisch umgegangen bin.

Was dagegen mehr die moralische Action betrifft, so muß ich entschieden Widerspruch gegen einige Behauptungen erheben. Es hat mir der geehrte Herr Abgeordnete zuerst gewissermaßen zum Vorwurfe gemacht, als hätte ich eine Art Focuspocus getrieben — wenn ich mich dieses Ausdruckes bedienen darf — indem ich erst gesucht habe, die auswärtige Presse für meine Ansichten zu gewinnen, und dann im Reichsrathe darauf hingewiesen hätte, wie die ausländische Presse freundlich über Oesterreich urtheile. Ich muß nun bemerken, daß ich in diesem h. Hause diese oder eine ähnliche Aeußerung nie gethan und überhaupt nie von der ausländischen Presse gesprochen habe; daß ich aber bei der Abredebehalte im Herrenhause eine Aeußerung über denselben Gegenstand that, die gerade das Gegentheil war. Es liegt mir dieselbe vor. Ich bemerkte damals (liest aus dem stenographischen Protokolle): „Nicht bloß die öffentlichen Blätter, die ich nicht überall als vollgültige Zeugen anrufen möchte, sondern auch die Sprache der fremden Cabinette gegen Oesterreich hat sich geändert.“ Es geht daraus hervor, daß ich die erwähnte Aeußerung hier nicht nur nicht gethan, sondern vielmehr eine gethan habe, die gerade das Gegentheil war. Entschieden muß ich aber der Behauptung widersprechen, als sei von Regierungswegen die Presse inspirirt worden, um gegen Mitglieder dieses hohen Hauses aufzutreten und, wie man sich ausdrückte, aufzuwiegen. Ich muß das entschieden in Abrede stellen, und bin ganz bereit, auf jede Discussion darüber einzugehen, die mir angeboten werden sollte. Es ist einmal üblich geworden, die Regierung überall zu sehen und auch das Alternatürlichste nicht zuzulassen. Es kann ja vorkommen, daß einmal ein Journalist, von dem man verlangt, daß er immer an den Ministern zu tadeln habe, zur Abwechslung daran denkt, auch an einem Abgeordneten etwas auszusprechen. (Heiterkeit.) Das kann vorkommen, und es ist die Regierung nicht dafür verantwortlich.

Endlich hat der geehrte Herr Abgeordnete, der wirklich meinen Einfluß sehr überschätzt und mir immer eine Macht zutraut, die ich gar nicht besitze, ebenso, wie er vor kurzem die Behauptung aufstellte, ich nöthige dem Hause Beschlüsse auf, so heute hier erklärt, Herr v. Beust mache die öffentliche Meinung in Wien.

Nun, meine Herren, ich glaube, ich würde der Bescheidenheit, die ich mir wenigstens zur Aufgabe mache, untreu werden, wenn ich auf diese Behauptung eine Antwort erteilte. Ich glaube, ich kann es der gesammten Wiener Presse überlassen, diese Antwort selbst zu übernehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Antrag auf Schluß der Sitzung wird angenommen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verhandlung.

## 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 11. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe.

Präsident Dr. Giska eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Der Budgetausschuß hat sich constituirt und den

Freiherrn v. Pratoberera zum Obmann, Edlen v. Plener zum Obmann-Stellvertreter, Dr. Banhans und Peter Groß zu Schriftführern gewählt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Die Petition der Postbeamten in Lemberg um Verbesserung ihrer Gehalte wird dem Petitionsausschuße zugewiesen und demselben in Berücksichtigung der Dringlichkeit des Gegenstandes aufgetragen, binnen 8 Tagen über dieselbe Bericht zu erstatten.

47 ruthenische Gemeinden Galiziens bitten um Zulassung der ruthenischen Sprache in der Volksschule.

7 Petitionen bitten um Aufhebung des Concordates.

Es wird zur Tagesordnung, nämlich Fortsetzung der gestrigen Debatte geschritten.

Es haben sich nachträglich einschreiben lassen: für: Herbst, Gschnitzer, gegen: Skene, Dürkheim.

Dr. Herbst wendet sich gegen die Auslassungen Skene's in der gestrigen Sitzung.

Die Form, in welcher diese vorgebracht wurden, sei nichts neues, sie sei schon oft von diesem Redner gewählt worden, ohne daß man sagen könne, daß sie besondere Wirkung erzielte. Auch das Herumwerfen mit Worten, wie: Schande, Schmach, unehrlich, sei bei diesem Redner nichts neues, obzwar jeder zugeben müsse, daß solche Ausdrücke mit der parlamentarischen Würde sich schwer vereinbaren ließen. Wenn man bloß die Rede Skene's gehört hat, so muß man glauben, er wolle einfach die Verwerfung des finanziellen Ausgleichs, liest man aber den Minoritätsbericht, so kommt man zu folgendem Resultat:

Ueber das Quotengesetz sagt das Minoritätsvotum nichts, man muß also annehmen, daß es damit einverstanden ist. Was nun das Staatsschuldengesetz betrifft, so läßt das Minoritätsvotum den Art. 1, welcher den Cardinalpunkt, nämlich die Beitragsziffer enthält, unberührt, ebenso die Art. 3 bis zum Ende. Nur am Art. 2. nimmt er eine stilistische Aenderung vor, die Ziffer in demselben läßt er unberührt. Durch diese stilistische Aenderung nun soll der materielle Ruin, welchen uns Redner schilderte, abgewendet werden.

Redner hätte also in seiner Rede eigentlich nachweisen sollen, wie durch seine stilistische Aenderung dieser materielle Ruin verhütet werde. Statt dessen begnügte sich Redner, einzelne Stellen des Deputationsberichtes herauszureißen und mit seinen sarkastischen Bemerkungen zu begleiten. Einzelne Stellen eines Berichtes können aber nur im Zusammenhange beurtheilt werden. Redner zeigt nun, daß die Stelle, welche Abgeordneter Skene am heftigsten angriff, im Zusammenhange gelesen werden müsse mit der vorangehenden, in welcher das Bedauern ausgesprochen wird, daß durch die Sanctionirung des ungarischen Gesetzes Ungarn eigentlich keine weitere Verpflichtung habe, zu der Staatsschuld etwas beizutragen.

Im weiteren Verlaufe zeigt Redner, daß Abg. Skene bei Besprechung der Stelle des Berichtes, welche von der Nothwendigkeit der Herabsetzung des Militäretats handelt, um 10 Millionen für diesen Etat mehr fordert als die Regierung selbst. Wie dies eine Beruhigung der Staatsgläubiger sein solle, begreife er nicht. Die von Skene beantragte Resolution enthalte nichts anderes als den Ausspruch, daß man gar nichts zahlen soll.

Wie bei solchen Vorschlägen der Abg. Skene sagen kann, er bedauere das Land, weil es in der Deputation keine Vertreter hat, sei ihm nicht begreiflich. Aus den im Minoritätsvotum aufgestellten Ziffern weist Redner nach, daß es in der von dem Abg. Skene beantragten Resolution eigentlich heißen sollte: es sei von den Ländern diesseits für Zinsen der Staatsschuld nichts zu zahlen und die Regierung aufzufordern, hinsichtlich des unbedeckten bleibenden Theiles Vorschläge zu machen. (Heiterkeit.) Nach den Aeußerungen des Abg. Skene haben die Deputationsmitglieder entweder ihre Aufgabe nicht verstanden, oder einen Landesverrath begangen, und er sei ihm dankbar, daß er im Ausschusse die erste Alternative zugelassen mit dem mildernden Umstande des beschränkten Verstandes oder, um mit dem Strafgesetze zu sprechen, der verwahrlosten Erziehung. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Skene hat gesagt, daß er von den Ungarn eine hohe Meinung hat, weil einer derselben in der Deputation den Antrag stellte, nichts zu zahlen; es scheine also, daß er nur deshalb so gegen die Deputation wüthete, weil diese beschloß, daß gezahlt werde und daß jede Reichshälfte ihren Theil trage.

In der Voraussetzung, daß das Publicum der Rede des Abg. Skene aufmerkamer folgte, als den Verhandlungen der Deputation, gibt Redner nun eine Schilderung der letzteren und zeigt, daß wohl das ausgemittelte Steuerverhältniß 31.04 zu 68.96 war; aber daß die Deputation gut that, wegen dieser 1.04 pCt. den Ausgleich nicht scheitern zu lassen, zeige schon der Umstand, daß das aufgestellte Verhältniß weder im Ausschusse, noch im Hause angefochten wurde. Auf das Handels- und Zollbündniß übergehend, zeigt derselbe, daß, wenn dieses nicht zu Stande komme, nichts übrig geblieben wäre, als die Errichtung einer Zwischenzolllinie, und er könne sich nicht zu dem Stoicismus aufschwingen, welcher sagt: Wenn wir auch leiden, so leiden doch die Anderen auch! Unsere Arbeiter werden den Hunger nicht weniger fühlen, wenn der ungarische Bauer auch hungert. Allerdings gebe es einzelne Industriezweige, welche hier leiden, wenn drüben die Steuereintreibung lauer betrieben wird. Doch schlechter als hener werde die Steuer drüben gewiß nie

wieder einfließen, schon deshalb nicht, weil Ungarn, wenn der Ausgleich zu Stande gekommen ist, seine Steuern wird pünktlich eintreiben müssen, wenn es den Verpflichtungen nachkommen will, die es übernommen hat; der Abschluß des Ausgleiches liege also auch im Interesse dieser Industrien. Der dritte Theil des Ausgleiches betreffe die Staatsschuld. Da standen in der Deputation Recht gegen Recht, Ansicht gegen Ansicht. Als man die ungarische Verfassung wieder herstellen wollte, trug man wohl Sorge, daß früher aus derselben Einiges entfernt werde, was gegen die Einheit des Heeres sei, aber man vergaß auf die Finanzen, welche doch gewiß auch ein Factor der Machtstellung Oesterreichs sind. (Bravo!) Als man den Frieden von Prag schloß, vergaß man Italien gegenüber nicht darauf, jenen Theil der Staatsschuld zu fixiren, welchen dieses zu übernehmen hat, Ungarn gegenüber vergaß man darauf und sorgte nur für das Heer. (Bravo.) Als man Sr. Majestät den Rath erteilte, das 67er Gesetz zu sanctioniren, in welchem ausgesprochen war, daß Ungarn keine Verpflichtung habe, die Staatsschuld zu tragen, war die Schlacht verloren, ehe sie begonnen hat. (Bravo!) Eine Vertheidigung der Deputation verwandte sich von selbst in eine Anklage gegen die Regierung, allerdings nicht im Sinne des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes; er wolle niemanden persönlich beschuldigen, die Geschichte werde denjenigen nennen, den die Schuld trifft.

Abermalige Verhandlungen, sagt Redner im weiteren Verlaufe, würden zu keinem Resultate führen, da Ungarn auf seinem Rechte steht und überdies nicht dasselbe Interesse an der Zahlung hat wie die übrigen Länder. Neue Länder, deren Angehörige im Besitze der Staatsschuldverschreibungen sind, haben gewiß auch das erhöhte Interesse an dem Zustandekommen des Ausgleiches, und niemand werde leugnen wollen, daß Angehörige der ungarischen Länder den geringsten Theil der Schuldtitel besitzen. Wird der Ausgleich über den Schluß dieses Jahres hinaus verzogen, dann sei es gewiß, daß Ungarn vorläufig gar nichts zahlen wird, und wir werden dann die Verpflichtung haben, vorläufig die gesammte Zinsenlast zu tragen.

Man sagte, wenn man das Abkommen annehme, so übernehme man damit die Verpflichtung für den Rest. Diese Befürchtung sei unbegründet; denn Ungarn, welches bisher keine Verpflichtung hatte, übernimmt erst durch den Vertrag eine Verpflichtung; man kann daher nicht sagen, daß Ungarn damit einer Verpflichtung enthoben werde.

Es war bereits enthoben, als der 12. Gesetzartikel vom Jahre 1867 sanctionirt wurde. Nicht wir sind es, sagt Redner, welche Ungarn seiner Verpflichtung entheben, eben so wenig als wir Venetien seiner Verpflichtung an der Staatsschuld enthoben haben. Und den Staatsgläubigern gegenüber waren wir verpflichtet und bleiben es, ob nun Ungarn einen Theil der Zinsen übernimmt oder nicht.

Der Satz: Les extrêmes se touchent hatte selten eine klarere Anwendung als hier, wo der Abg. Ghyczy dasselbe Argument gegen den Ausgleich gebrauchte wie der Abg. Skene, natürlich zu dem entgegengesetzten Zwecke.

Hätte man seinerzeit die Worte beherzigt, welche das Haus wahrhaft providentiell der Regierung zugerufen hat, als sie in den schleswig-holsteinischen Krieg zog; hätte man die Worte beherzigt, welche das Haus bezüglich der Finanzlage ausgesprochen, wahrlich es stünde anders um Oesterreich. Was war die Antwort der Regierung auf diese Mahnungen? Die Sistirung der Verfassung; eine auswärtige Politik, welche zur Tragödie von Königgrätz führte; eine Vermehrung der Staatsschuld um 700 Millionen und die Entwerthung aller Papiere. Wir haben unsere Pflicht erfüllt, ruft Redner, und wenn Oesterreich seinen Verpflichtungen nicht sollte nachkommen, so sind wir nicht Schuld daran, aber auch nicht der ungarische Ausgleich.

Redner begreift nicht, wie man ein Votum abgeben könne, weil man die Ueberzeugung hat, in der Minorität zu bleiben. Trogen und kindisches Schmolten sei nicht dasjenige, was die Geschichte als Größe anerkenne. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Skene ergreift das Wort, um gegen Dr. Herbst zu sprechen.

(Schluß folgt)

## Oesterreich.

**Agram, 11. December.** (Deb.) Zehn Municipalbeamte des Agramer Comitales wurden wegen antiunionistischer Agitationen heute decretalirter ihres Dienstes enthoben.

## Rusland.

**München, 9. December.** (Die Militärconferenz) der süddeutschen Staaten wurde geschlossen. Ueber das Resultat wird Zuverlässiges erst nach erfolgter Ratification der Beschlüsse mitgetheilt werden können. Es ist unrichtig, daß Baiern die Abschaffung des preussischen Reglements, soweit dasselbe in Süddeutschland eingeführt ist, beantragt habe. Im Gegentheil wird Baiern sein Reglement auf denselben tactischen Grundlagen revidiren. Wegen gemeinsamer Uebungen im näch-

sten Sommer sollen dem Vernehmen nach Unterhandlungen eingeleitet werden.

Genua, 6. December. (Mazzinistische Verschwörung.) In verflorener Nacht wurde bei einem Angehörigen der mazzinistischen Partei eine Hausdurchsuchung vorgenommen und eine große Anzahl Proclamationen und Bomben in Beschlag genommen.

Tagesneuigkeiten.

(Das Emporkommen von Görz.) Aus Venedig wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: Wie vorauszu sehen war, gewinnt das reizend gelegene Görz in eben dem Maße, als Venedig herabzulommen scheint.

(Der Ersfinder des Zündnadelgewehres.) Nikolaus v. Drejse, ist am 9. d. M. in Sommerda (Thüringen) gestorben.

(Der Nothstand in Ostpreußen.) Zur Linderung des in der Provinz Preußen herrschenden Nothstandes, hat die Regierung unter Gutheißung der in Berlin anwesenden ostpreuß. Herrenhaus- und Abgeordnetenhausmitglieder beschlossen, den bedrängten Kreisen Vorschläge zu Weg- und Chausseebauten und zu ausgedehnteren landwirtschaftlichen Meliorationen zur Verfügung zu stellen.

Locales.

(Erscheinen von Wölfen.) Wir brachten in einer unserer jüngsten Nummern die Nachricht, daß sich seit dem Herbst die Wölfe in Innerthain häufig zu zeigen pflegen. Vorgestern, d. i. am 11. December, fuhren zwei Laibacher Herren um die achte Abendstunde von Jozia gegen Loisch.

(Eisenbahn-Unfall.) Vorgestern Nachts gerieth auf dem hiesigen Bahnhofe ein eben antommender Zug auf ein falsches Geleise, indem die betreffenden Weichensteller ihre Pflicht, wie es heißt, in Folge Schlafmüdigkeit vernachlässigt hatten.

(Militärveränderungen.) Der Hauptmann erster Classe des Inf.-Reg. Nr. 17 Herr Maximilian Köhler wurde zum Generalstabe versetzt.

(Benefice.) Morgen findet das Benefice unseres geschätzten Bahnenmitgliedes des Herrn Art statt. Zur Aufführung gelangen zwei Novitäten: Das Lustspiel „Die Unglücklichen“ von L. Schneider und eine einactige Posse: „Vergiftet“, von J. Steply, dann die zwar weniger bekannte, aber recht gute Operette: „Bäckerin und Barbier.“

(Theater.) Altmeister Göthe's „Egmont“ ging gestern über die Bretter und wir können sagen, daß die Darstellung von jener Pietät erfüllt und von jener Weiblichkeit getragen war, welche wir solchen unvergänglichen Meisterwerken schulden.

(Theater.) Altmeister Göthe's „Egmont“ ging gestern über die Bretter und wir können sagen, daß die Darstellung von jener Pietät erfüllt und von jener Weiblichkeit getragen war, welche wir solchen unvergänglichen Meisterwerken schulden.

Jede Maßregel, die von der Regierung vorgeschlagen werden wird, wird nicht Staatsbankrott sein. Der Redner schließt mit der Nachweisung der Möglichkeit, die Einnahmsquellen bedeutend zu steigern.

In Pest dauert die Debatte über das Staatsschuldengesetz fort. Gestern sollte Deak sprechen und die Abstimmung stattfinden.

Agram, 11. December. (Pr.) Zibovic constatirt die Unmöglichkeit der Parität Croatiens mit einem zehnmal größeren Ungarn, sowie die Unausführbarkeit des Delegations-Projectes.

In Berlin wurde am 10. d. M. die Bundesrathssitzung geschlossen. Der Bundesrath des Zollvereins tritt im Jänner zusammen.

Die russische Armee wird mit Zündnadelgewehren bewaffnet, an deren Anfertigung Privatfabriken in Kronstadt unausgesetzt arbeiten.

Depeschen aus Mexico vom 29. November melden, daß Suarez den Krieg an Guatemala erklärt habe.

Telegramme.

Paris, 11. December. (Wr. Tgbl.) Es ist plößlich wieder ein sehr gespanntes Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich eingetreten.

Geschäfts-Beitrag.

Neue Subscription. Am Montag wird durch die Creditanstalt eine Subscription von 6,900,000 fl. Actien und Prioritäten der Vardö-Fünfsfirchener Bahn eröffnet werden.

Zollwesen. In Petersburg ist eine Commission zusammengetreten, deren Aufgabe die Revision des Tarifes ist. Sie besteht aus Beamten und aus Abgeordneten der verschiedenen Handelsräthe und Handelskammern Russlands und Polens.

Angekommene Fremde.

Stadt Wien. Die Herren: Lutz, Agent, von Graz. — Wagner, Director, Berenger, Bahndirector, und Marx, Comptoirist, von Wien.

Theater.

Heute Freitag: Das Nachtlager in Granada. Oper in 2 Acten von F. Lind.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Luftdruck in Millimetern, Niederschlag in Quartes Wasser.

Nachts heiter. Morgenroth. Gegen Mittag rasche Wärmehzunahme. Lebhafter West. Milder Nachmittag. Sanftes Abendroth.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr

Börsenbericht. Wien, 11. December. Die Börse verlief bei stillem Geschäft in fester Haltung, einige Gattungen Eisenbahnactien wurden etwas höher bezahlt.

Table with columns: A. des Staates (für 100 fl.), Geld, Waare, Oberösterreich, Salzburg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Ungarn, Temeser-Banat, Croatien und Slavonien, Galizien, Siebenbürgen, Bukovina, Ung. m. d. B., Tem. B. m. d. B., Actien (pr. Stück), Nationalbank, R. Ferd.-Nordb., Kredit-Anstalt, R. d. Escom.-Ges., S.-E.-G., Kais. Elis. Bahn, Südb.-nordb. Ver., Südb. St., Gal. Carl-Lud., Böhm. Westbahn, Döbl. Don.-Dampfsch.-Ges., Oesterr. Lloyd in Triest, Wien. Dampfsch.-Actg., Pester Kettenbrücke, Anglo-Austria-Bank, Lemberger Cernowitzer Actien, Pfandbriefe, Nationalbank auf, E. M., Nationalb. auf d. B., Ung. Bod.-Cred.-Anst., Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt, Lose (pr. Stück), Cred.-A. f. S. u. G., Don.-Dampfsch.-G., Stadtgem. Ofen, Eferhazy, Salva, Passfy.